



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

REX/153

"Die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan"

Brüssel, den 10. Dezember 2003

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

zum Thema

"Die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan"

(Sondierungsstellungnahme)

Im Rahmen des italienischen EU-Ratsvorsitzes ersuchte der Ständige Vertreter Italiens bei der Europäischen Union den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit Schreiben vom 8. April 2003 um eine Sondierungsstellungnahme zu folgendem Thema:

"Die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan".

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 21. November an. Berichtersteller war Herr CONFALONIERI.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 404. Plenartagung am 10. Dezember 2003 mit 110 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung folgende Stellungnahme:

*

* *

1. Vorbemerkung

- 1.1 Dieses Dokument geht auf das "Ersuchen um Erarbeitung von Sondierungsstellungnahmen für den italienischen Ratsvorsitz", und zwar hier einer Sondierungsstellungnahme zur "Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan" zurück; es soll festgestellt werden, wie die Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Agenda von Thessaloniki für die Länder der Region und die EU beitragen kann.¹
- 1.2 In dieser Untersuchung wird Bezug genommen auf die Mitteilung der Kommission vom 21. Mai 2003 "Der Westbalkan und die Europäische Integration"². Außerdem wird hervorgehoben, wie beharrlich sich der EWSA für die Gründung und den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Verbänden und Einrichtungen sowie nichtstaatlichen Organisationen eingesetzt hat, da diese für die Entwicklung der Demokratie auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene von grundlegender Bedeutung sind.³

1

Zusammenfassender Vermerk DI/CESE 80/2003 vom 23. Juli 2003, Ziffer 2. Die Länder des westlichen Balkanraums sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro; in diesem Gebiet liegt auch die Region Kosovo.

2

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2003) 285 endg.

3

Im Zusammenhang mit Mittel- und Südosteuropa siehe die Stellungnahme des EWSA zum Thema "Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Erweiterung in den Bewerberländern", ABl. C 85 vom 8.4.2003, S. 65, und die Stellungnahme des EWSA zum Thema "Förderung der Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft in Südosteuropa – Erfahrungen der Vergangenheit und künftige Herausforderungen", ABl. C 208 vom 3.9.2003, S. 82.

2. Einleitung

- 2.1 Die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft (OZG) im Rahmen der neuen Strategie für den Westbalkan besteht darin zu gewährleisten, dass auf dem schwierigen und komplexen Weg zur Kohäsion und EU-Integration dieser fünf Länder konkrete Ziele des sozialen Fortschritts⁴ erreicht werden, die für die Balkanländer und Europa insgesamt wichtig sind.
- 2.2 Die Agenda von Thessaloniki⁵ gibt die grundlegenden Interventionsbereiche an, in denen die Regierungen tätig werden müssen: Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen; Förderung der Wirtschaftsentwicklung; Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption; regionale Integration und politische Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Balkanregion als auch gegenüber der EU.
- 2.3 Der auf dem Gipfeltreffen in Thessaloniki⁶ vorgelegte und verabschiedete Vorschlag der Europäischen Kommission beschreibt die Strategie zur Stärkung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) und zur Anbahnung von Beitrittsvorbereitungsabkommen mit den Balkanländern durch die Anwendung von Mechanismen, die sich bei den anderen Bewerberländern als erfolgreich erwiesen haben. Die politische Neuerung von Thessaloniki besteht darin, dass das Kooperationsprogramm durch die Aufnahme von Partnerschaften für die europäische Integration⁷ bereichert wird.
- 2.4 In diesem neuen Rahmen für die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der EU und den westlichen Balkanländern lässt sich die Rolle der OZG wie folgt beschreiben:
- ◆ Erneuerung der Gesetze und Institutionen im Sinne der partizipativen Demokratie, des sozialen und zivilen Dialogs und einer besseren *Governance*;
 - ◆ Stabilisierung bzw. Schaffung eines gesunden und innovativen Umfelds für die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Industrieproduktion;
 - ◆ Eröffnung neuer soziokultureller Horizonte mit dem Ziel, uneingeschränkte Rechtsstaatlichkeit, ziviles Zusammenleben und interkulturellen Dialog, politischen Pluralismus und ein Verständnis von Europa, zu dem auch die Balkanländer gehören, zu verbreiten und fester zu verankern;

⁴ Zum Begriff des sozialen Fortschritts in der Erklärung von Kopenhagen siehe Verpflichtung Nr. 1–4. C. Turi, *Comunità Internazionale e sviluppo sociale: tendenze recenti* ("Staatengemeinschaft und soziale Entwicklung: jüngste Tendenzen"), in *La Comunità Internazionale*, Quartalheft der SIOI (Società italiana per l'organizzazione internazionale), Band LVI, Nr. 1, 2001, S. 53–74, Editoriale Scientifica, Neapel 2001.

⁵ "Die Agenda von Thessaloniki für die westlichen Balkanstaaten: auf dem Weg zur europäischen Integration", Rat (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen), 16. Juni 2003.

⁶ Gipfeltreffen EU – westliche Balkanstaaten, Erklärung, Thessaloniki, Generaldirektion Außenbeziehungen, 21. Juni 2003.

⁷ Die Politik zur Unterstützung der Balkanländer konzentriert sich auf Kohäsionsziele und geht über die Wiederaufbastrategie hinaus, wie in folgendem Dokument des griechischen Vorsitzes angeregt wurde: Arbeitsdokument - Prioritäten des griechischen Vorsitzes für den westlichen Balkan, Januar 2003.

- 2.5 Die Agenda von Thessaloniki legt dar, wie Europa Lehren aus der Erfahrung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) gezogen hat und einige wichtige Lehren aus dieser Erfahrung anwenden will. Viele Fortschritte sind möglich durch die Errichtung eines demokratischen Systems und einer Marktwirtschaft, aber eine demokratische Regierungsform gewährleistet als solche noch keine Demokratie. Erforderlich ist vielmehr ein komplexes Netz von Institutionen und offiziellen wie inoffiziellen Verfahren. Viele Institutionen der Demokratie in den Ländern, auf die sich unsere Überlegungen beziehen, sind noch unausgereift und bringen Tendenzen zum Ausdruck, die als undemokratisch betrachtet werden können, so die Tendenz, die Informationen und Entscheidungsprozesse zu zentralisieren. All dies macht deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit ist, um eine Demokratie aufzubauen, das Bewusstsein für die sozialen Probleme zu schärfen und soziale und wirtschaftliche Initiativen bei den Bürgern vor Ort umzusetzen.⁸
- 2.6 Dabei konzentrieren wir uns nicht nur auf kritische Punkte und Gefahren, die zu Pessimismus und Defätismus führen können, sondern wir wollen die vorhandenen Chancen und Stärken, die es zur Stärkung der Rolle der OZG in den Westbalkanländern zu nutzen gilt, kritisch bewerten und in einen Zusammenhang stellen.
- 2.7 Genauer gesagt hat sich der EWSA mit Hilfe der 2002/2003 erzielten Ergebnisse des von der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ESB) geförderten PHARE-Programms "*Förderung von Kultur und Praxis des sozialen Dialogs sowie der Beteiligung der Zivilgesellschaft und damit verbundener Netzwerke in Südosteuropa*" eine vergleichende Übersicht über die Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven des sozialen Dialogs in den südosteuropäischen Ländern verschaffen können. Diese Erfahrung zeigt vor allem, dass der direkte Vergleich und die gegenseitige Kenntnis eine unverzichtbare Grundlage für die Herausarbeitung realistischer Interventionsstrategien bilden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Partnerorganisationen entsprechen.⁹
- 2.8 Vor dem Hintergrund des südosteuropäischen Szenarios erscheinen jedoch zwei Fragen als wesentlich für die EU: Wie können eindeutige Bezugsgrößen für den Aufbau des Sozialstaats und der Governance definiert werden, die auf in allen europäischen Ländern geltenden Werten beruhen und wie können die Grundsätze und Werte, die sich in Europa gefestigt haben, angesichts der Herausforderungen der Erweiterung und der Gefahren der Globalisierung für

⁸ *La realtà della cooperazione, 1997-1998. L'aiuto allo sviluppo nel rapporto annuale delle ONG Internazionali.* ("Die Realität der Zusammenarbeit, 1997–1998. Entwicklungshilfe im Jahresbericht der internationalen NGOs"). Tagung zum Thema Westliche Hilfe für die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas, S. 212–220. Herausgegeben von Movimondo und Maniteb, Rosenberg und Sellier, Turin 1998.

⁹ Das von D. Marinković herausgegebene vergleichende Dossier ist in der Europäischen Stiftung für Berufsbildung verfügbar. Als Abschlussmaßnahme des Projekts verabschiedeten die südosteuropäischen Sozialpartner auf der Tagung vom 3. bis 5. März 2003 in Zagreb Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

die Wirtschafts- und Produktionssysteme, die Arbeitsmärkte und somit für die Lebensqualität in den EU-Staaten, den Bewerber- und Nachbarländern gefördert werden?¹⁰

2.9 Inhalt des vorliegenden Dokuments ist zunächst die Auseinandersetzung mit drei übergeordneten Aspekten der Rolle der OZG, nämlich der politisch-institutionellen, der wirtschaftlichen und der kulturellen Bedeutung der Zivilgesellschaft in Bezug auf all ihre Bestandteile; ferner werden einige aktuelle Merkmale der OZG in den westlichen Balkanländern dargestellt. Im Anschluss daran enthält das Dokument eine Interpretation der Agenda von Thessaloniki unter dem Gesichtspunkt der Rolle der Zivilgesellschaft. Und schließlich werden einige Perspektiven für die Stärkung der OZG aus regionaler, nationaler und europäischer Sicht aufgezeigt.

3. Die übergeordneten Aspekte der Rolle der organisierten Zivilgesellschaft

3.1 Beim derzeitigen Stand der Dinge kommt der OZG in ihrer komplexen und heterogenen Gesamtheit eine grundlegende Rolle für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und die neue Strategie von Thessaloniki, zu der sich die Länder des westlichen Balkans und die EU verpflichtet haben, zu.

3.2 Nur wenn die OZG eine aktive Rolle übernimmt, können sich die Entwicklungs-, Kohäsions- und Integrationsprogramme der EU auf die auswirken, für die sie eigentlich bestimmt sind: die Bürger, die Europäer sind oder künftig sein wollen.

3.3 Damit sich die internationalen Programme auf die Bürger auswirken, müssen sich die Regierungen und staatlichen Einrichtungen uneingeschränkt, transparent und bewusst engagieren. Die Entwicklung der partizipativen Demokratie und des sozialen und wirtschaftlichen Umfelds ist im Wesentlichen ein politisches und nicht nur ein technisches Problem.

3.4 Die Bedeutung der aktiven Rolle der OZG umfasst folgende Aspekte:

- ◆ **den sozio-politischen und institutionellen Aspekt**, denn die OZG ist unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des sozialen und zivilen Dialogs und der partizipativen Demokratie;
- ◆ **den wirtschaftlichen und sozialen Aspekt**, denn die OZG ist die grundlegende Variable eines Wirtschaftswachstums, das Hand in Hand geht mit einer humanen Entwicklung der Gesellschaft vor Ort;

10

Dabei handelt es sich um eine sehr komplexe Problematik, auch hinsichtlich des Rechtsrahmens der EU. Eine der bedeutendsten Entwicklungen im EU-Integrationsprozess ist die Verabschiedung der EU-Charta der Grundrechte. Die Bedeutung dieses Dokuments liegt in dem Ziel, das damit verfolgt wird: klare und eindeutige Verankerung der politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der "Unionsbürger". Für eine vergleichende Analyse dieses Dokuments mit der Europäischen Sozialcharta und der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit siehe: S. Bertozzi, I diritti socio-economici dei cittadini nell'Europa del XXI secolo ("Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürger im Europa des 21. Jahrhunderts"), in La Comunità Internazionale, Band LVII, Nr. 2, 2002, Quartalsheft der SIOI, Editoriale Scientifica, Neapel 2003, S. 233-244.

- ◆ **den soziokulturellen Aspekt**, denn die OZG ist der Katalysator, der Brutkasten für neue kulturelle Perspektiven und Maßnahmen, die offen sind für den Pluralismus in all seinen gesellschaftlichen Ausdrucksformen und die den Grundsätzen der EU und der internationalen Zusammenarbeit entsprechen: dem zivilen Dialog; der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten; dem Streben nach Frieden, besserer Demokratie und nachhaltiger Entwicklung.
- 3.5 Hinsichtlich jedes dieser übergeordneten Aspekte manifestiert sich die Zivilgesellschaft, die folglich als komplexe Gesamtheit verschiedener Bestandteile zu betrachten ist. Unter OZG ist die heterogene Gesamtheit folgender Einrichtungen zu verstehen:¹¹
- ◆ *Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber;*
 - ◆ *sonstige repräsentative wirtschaftliche und soziale Interessengruppen wie Branchen-, Unternehmer-, Industrie-, Berufs- und Dienstleistungsverbände;*
 - ◆ nichtstaatliche Organisationen (NGOs), in denen sich Personen mit gemeinsamen Anliegen zusammenschließen, so Umweltverbände, Wohlfahrtseinrichtungen, Vereine auf Gegenseitigkeit, Verbraucherverbände, Menschenrechtsorganisationen, kulturelle Einrichtungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen;
 - ◆ sog. *community based organisations*: Frauen-, Jugend-, Familien-, Seniorenverbände und alle Organisationen, über welche die Bürger am Leben in den örtlichen Gemeinwesen teilnehmen können;
 - ◆ Vereinigungen mit religiösem Bezug.
- 3.6 Die OZG umfasst praktisch alles, was auf der Ebene zwischen dem Einzelnen und dem Staat existiert. Die soziale und kulturelle Identität jedes Bestandteils der Zivilgesellschaft hängt mit seinem Aktionsradius zusammen, was es nicht unbedingt leichter macht, seinen effektiven Wirkungsgrad und seine tatsächlichen Kompetenzen zu bestimmen.
- 3.7 Im weiten Sinne kann der soziale Dialog all diese Bestandteile umfassen, was zu einer pluralistischen und multilateralen Definition des sozialen Dialogs führt, aber in Wirklichkeit beschränkt sich die Praxis des sozialen Dialogs in den Ländern, um die es hier geht, auf die - im Übrigen nicht immer anerkannte - Auseinandersetzung zwischen den Regierungsbehörden und den Sozialpartnern: Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden.
- 3.8 Schon auf dieser Ebene des sozialen Dialogs und der Dreiparteien-Konzertierung stellt sich das Problem der effektiven Unabhängigkeit der Sozial- und Wirtschaftspartner von den Regierungen und Staatsapparaten sowie von finanziellen Interessen, die nichts mit dem Anliegen des sozialen Dialogs zu tun haben.

11

Eine Zusammenfassung der Kriterien für Organisationen der Zivilgesellschaft, die der EWSA den zuständigen Behörden empfiehlt, ist in der EWSA-Stellungnahme (ABl. C 208 vom 3.9.2003, S. 82) enthalten. Die in der vorliegenden Sondierungssternungnahme verwendeten Definitionen stimmen auch mit jenen des UNDP und der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ESB) überein.

- 3.9 Die am stärksten gefestigte Tradition des sozialen Dialogs im heterogenen Umfeld der fünf Westbalkanländer haben die Gewerkschaften, vor allem – aber nicht nur – mit den Regierungsbehörden und in staatlichen Großunternehmen; die Arbeitgeberverbände sind im sozio-ökonomischen Gefüge dieser Länder hingegen völlig neu und vertreten v.a. KMU. Die Industrie- und Handelskammern, sofern sie existieren und funktionieren, üben die Aufgaben der Arbeitgeberverbände aus, sind jedoch völlig mit rechtlichen und institutionellen Fragen echter Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Interessenvertretung beschäftigt.¹² Die Wirtschafts- und Sozialausschüsse der westlichen Balkanländer sind ebenfalls ein Novum, das auf den Stabilitätspakt und den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zurückgeht und den Vorgaben der IAO entspricht.¹³
- 3.10 Was die anderen Bestandteile der OZG außer den Vertretern der Arbeitswelt und der Sozialpartner angeht, ist die Lage im westlichen Balkanraum ziemlich komplex und schwer zu analysieren. Im Grunde besteht ein weit gespanntes Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen, welches das Ergebnis einer zehnjährigen internationalen Zusammenarbeit für die Menschenrechte und die am stärksten benachteiligten Gesellschaftsgruppen, aber auch technischer Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und der örtlichen Gemeinwesen ist (zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des Kapazitätsausbaus, des *empowerment*, der Transparenz, der Rechenschaftspflicht, der Ausbildung zu Nachhaltigkeit usw.).
- 3.11 Dieser "Zweig" der Zivilgesellschaft deckt sich weitgehend mit den vor Ort tätigen NGOs. Zu bemerken ist jedoch, dass diese unabhängigen Organisationen nicht als Ergebnis vor Ort verwurzelter sozialer Bewegungen betrachtet werden können und ihre Arbeit auch nicht auf einer vor Ort vorhandenen Fähigkeit beruht, die Bedürfnisse zu ermitteln und eigenständige Antworten auf die lokalen Bedürfnisse zu geben. Viele NGOs fungieren als soziale Dienstleister, sind jedoch zum Großteil abhängig von den großen internationalen Geldgebern (den internationalen Finanzinstituten (IFI), den UN-Agenturen und den großen internationalen NGOs, die aus diesen hervorgegangen sind) und stehen potentiell in Konkurrenz zueinander, was den privaten *Welfare*-Markt angeht. Es handelt sich praktisch um ein System der Dienstleistungserbringung, das sich vor Ort selbst am Leben hält.¹⁴
- 3.12 Die eigentliche Herausforderung für die örtlichen Gemeinwesen besteht daher darin, die Kompetenzen und Dienstleistungskapazitäten der vor Ort tätigen NGOs auf eigenständige gesellschaftliche Institutionen und Organisationen zu verlagern und dadurch ihre eigene unabhängige OZG zu schaffen und zu stärken.

12 D. Marinković, *Social dialogue in Southeast European countries*, in: Collection/textbook for Trade Union education, Online-Veröffentlichung, herausgegeben von Dragan Đurić, Juni 2003, S. 15 – 18.

13 Für eine vergleichende Analyse des sozialen Dialogs in den verschiedenen nationalen Kontexten sei verwiesen auf das von der Europäischen Stiftung für Berufsbildung veröffentlichte Dossier, Belgrad, Juli 2002.

14 Aktuelle Informationen zu diesem Thema: siehe Website des Osservatorio sui Balcani, eine Website für unabhängige Informationen, unter "Società civile", insbesondere das Dossier "*Il ruolo di ONG e società civile nell'integrazione europea*" von Claudio Bazzocchi, Januar 2002.

Anm. d. Übers.: <http://www.osservatoriolbalcani.org>

- 3.13 Um die derzeitige Lage der OZG in den Westbalkanländern zusammenfassend zu beschreiben, muss man auf den Transformationsprozess zurückgehen, der ihnen gemein ist: ein nicht nur postkommunistischer Übergang, sondern eine Nachkriegszeit, in der aufzubauen ist, was es dort noch nie gab, und wiederaufzubauen ist, was von Krieg, Hass und Verbrechen gewaltsam zerstört wurde.
- 3.14 Gerade die OZG ist das beste Beispiel dafür. Die fünf Länder müssen das Fehlen einer vom Staat unabhängigen Zivilgesellschaft und das Fehlen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Rechte sowie der Menschenrechte während des sozialistischen Regimes überwinden. Gleichzeitig fordert der wirtschaftliche Transformationsprozess auf allen Gebieten seinen sozialen Preis, während die Befreiung vom ethnisch geprägten Nationalismus und von den Denkweisen der Volkszugehörigkeit im sozialen Gefüge und im Alltag der örtlichen Gemeinwesen noch in ihren Anfängen steckt.
- 3.15 Zusammenfassend kann man sagen, dass sich derzeit vier Synergiefaktoren auf den Zustand der OZG im Westbalkanraum und auf die Stärkung ihrer Rolle zum Zwecke der politischen und sozialen Demokratisierung auswirken:
- ◆ das zunehmende, eigenständige Erneuerungs- und Durchsetzungsvermögen der Sozial- und Wirtschaftspartner im Rahmen der in den verschiedenen Ländern unternommenen Reformen des Transformationsprozesses;
 - ◆ die Entwicklungen aufgrund der engen Konfrontation der verschiedenen Länder mit den EU-Politiken (einschließlich der Angaben der IAO und der Wirtschafts- und Sozialausschüsse);
 - ◆ Tendenzen, die von konkreten Erfahrungen aller anderen Bestandteile der Zivilgesellschaft (außer den Sozial- und Wirtschaftspartnern) mit der internationalen Zusammenarbeit und von ihrer selbständigen Fähigkeit zur Erneuerung und Durchsetzung herrühren;
 - ◆ die Fähigkeit der Regierungen und staatlichen Einrichtungen, nicht nur auf all diese verschiedenen Anforderungen zu reagieren, sondern konkret institutionelle, wirtschaftliche und soziale Reformen umzusetzen, welche die Probleme der Gesellschaft vor Ort wirksam lösen und deren Erwartungen erfüllen.

4. Organisierte Zivilgesellschaft, Demokratie und Aufbau von Institutionen

- 4.1 Unter dem Begriff *social governance* können alle Arten und Weisen verstanden werden, auf welche die Zivilgesellschaft an den im Leben eines Landes wesentlichen Entscheidungsprozessen beteiligt ist.¹⁵

15

Diese Definition stammt z.B. aus dem *Human Development Report – Albania 2002. Challenges of Local Governance and Regional Development* des HDPC (Human Development Promotion Center) in Tirana im Auftrag des UNDP (United Nations Development Programme), Abschnitt 5 "Democratic Governance Framework", S. A 1.
Anm. d. Übers.: <http://www.undp.org.al>

- 4.2 Die Relevanz und Effizienz der gesellschaftlichen Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen hängt jedoch nicht nur vom Vorhandensein einer dynamischen, ausreichend gegliederten und durch einen Rechtsrahmen, der die Befugnisse und Tätigkeitsbereiche regelt, unterstützten OZG ab, sondern grundlegend auch von folgenden Faktoren:
- ◆ vom Grad der administrativen und politischen Dezentralisierung im lokalen Umfeld;
 - ◆ vom Frieden oder besser gesagt von der Abwesenheit bewaffneter Konflikte;
 - ◆ von der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Regierungen und auch durch andere Akteure der internationalen Partnerschaft (dies können im Rahmen von Zusammenarbeitsprogrammen in- oder ausländische NGOs sein, die im Auftrag internationaler Organisationen oder Einrichtungen handeln).
- 4.3 Diese knappen Angaben sollen als Einleitung zu zwei kritischen Punkten dienen, die von mehreren Seiten festgestellt wurden und den derzeitigen Stand des sozialen Dialogs und der Partizipation in den Westbalkanländern sowie die Möglichkeiten ihrer strategischen Verbesserung im Hinblick auf eine Übernahme der Gemeinschaftspolitiken betreffen.
- 4.4 Der **erste kritische Punkt** betrifft die Haltung der Regierungen und staatlichen Einrichtungen zur OZG und ihren Bestandteilen. "Diese wurde als wichtigstes Handikap für den sozialen und zivilen Dialog ausgemacht. Es konnten nur einige wenige Fälle ermittelt werden, in denen die Behörden bereit waren, Organisationen der Zivilgesellschaft in wirkliche Konsultationen einzubeziehen, bzw. wo die Behörden den Bedarf hierfür erkannten. In einigen Fällen ist eine bessere Rechtsgrundlage für Organisationen der Zivilgesellschaft erforderlich."¹⁶
- 4.5 Es ist wichtig, dass alle Regierungen und staatlichen Einrichtungen der Westbalkanländer diese Haltung ablegen und ein neues, auf die EU ausgerichtetes Bewusstsein erlangen. Die Rolle der OZG im demokratischen Leben darf nicht als ideologischer Widerspruch und operativer Ersatz für die staatlichen Institutionen und Behörden betrachtet werden, sondern muss sich als ergänzende, synergetische Rolle entwickeln, die vorwiegend durch einvernehmliche Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Beteiligten ausgeübt wird, welche kollektive Interessen vertreten sowie über branchen- oder bereichsspezifische Kompetenzen und eine direkte Kenntnis der Bedürfnisse der Individuen und sozialen Gruppen verfügen.
- 4.6 Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der OZG von den Regierungen und staatlichen Einrichtungen ist ein wichtiges Prinzip der Demokratie, aber auch ein Wert, der materiell und immateriell gefördert werden muss. Die Möglichkeit der OZG, sich uneingeschränkt zu entwickeln und zu existieren, hängt im Wesentlichen von einer positiven Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik auf allen Ebenen und in allen Anwendungsbereichen sowie von einer offenen politischen Debatte ab.

¹⁶ Stellungnahme des EWSA in ABl. C 208 vom 3.9.2003, S. 82.

- 4.7 Der **zweite kritische Punkt** besteht im gegenseitigen Misstrauen zwischen den wichtigsten Vertretern der Arbeitswelt und der Sozialpartner, d.h. zwischen den Akteuren des sozialen Dialogs, wie er heute in den Westbalkanländern existiert.¹⁷
- 4.8 Dieser kritische Punkt hängt eng mit dem allgemeineren Problem zusammen, dass es kein einheitliches Sozialstaatsmodell und keine eindeutigen Vorgaben und Vorschriften für die Durchführung des sozialen Dialogs gibt. Dies führt in der öffentlichen Meinung und kollektiven Erfahrung offensichtlich dazu, dass mehrere politische Interpretationen und operative Praktiken nebeneinander bestehen, deren Träger auch die verschiedenen Bestandteile der OZG sind.
- 4.9 Zu diesem kritischen Punkt hat der Ausschuss bereits geäußert, wie dringend diesen Fragen größere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, sowohl hinsichtlich einer stärkeren Koordinierung der gemeinschaftlichen Ziele als auch im Hinblick auf die Unterstützung bei der Einführung und Entwicklung sozialer Systeme, die sowohl eindeutigen Grundsätzen als auch den wirklichen Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechen.¹⁸
- 4.10 Was den Kenntnisstand der Öffentlichkeit und die verbreiteten Meinungen betrifft, müssen die seriösen Medien zur Information der Öffentlichkeit – nicht nur in den Westbalkanländern, sondern auch in der EU – offener und ausgewogener auf die sozialen Kosten der Transformation hinweisen.
- 4.11 Auch in dieser Hinsicht ist die Zivilgesellschaft - v.a. jene ihrer Bestandteile, die das Recht auf Information durch die Medien vertreten - das Schlüsselement.

5. Organisierte Zivilgesellschaft, Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung

- 5.1 Der modernsten und anerkanntesten Definition zufolge ist "Entwicklung" ein umfassender wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozess mit dem Ziel, den Wohlstand der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen beständig zu mehren auf der Grundlage aktiver, freiwilliger und signifikanter Partizipation an diesem Prozess und an der ausgewogenen Verteilung des sich daraus ergebenden Nutzens.¹⁹
- 5.2 Entwicklung als Menschenrecht braucht die Zivilgesellschaft und den sozialen Dialog und beruht darauf, dass die OZG insgesamt funktioniert. Dies gilt nicht nur für die Bestandteile der Zivilgesellschaft, welche die Arbeitswelt und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertreten, sondern auch für alle anderen Bestandteile der OZG. Um die große

¹⁷ D. Marinković, a.a.O., S. 11-18.

¹⁸ Vgl. die EWSA-Stellungnahme in ABl. C 85 vom 8.4.2003, S. 65.

¹⁹ In der Kopenhagener Erklärung, genauer in der Präambel der Erklärung über das Recht auf Entwicklung, wird die Unteilbarkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Aspekte des Entwicklungsprozesses bekräftigt. Näheres s. C. Turi, a.a.O., S. 55.

Bedeutung der OZG für die Entwicklung zu beschreiben, soll im Folgenden berichtet werden, wie die UNDP die Maßnahmen zur menschlichen Entwicklung der Gesellschaft definiert.

- 5.3 Wirtschaftswachstum ist ein wichtiger Faktor der menschlichen Entwicklung, kann diese jedoch nur vorantreiben, wenn die Vermehrung des Privateinkommens ausgewogen erfolgt und das Wirtschaftswachstum zu öffentlichen Investitionen in die menschliche Entwicklung, in Schulen, gesundheitliche, soziale u.a. grundlegende Dienstleistungen führt. Die menschliche Entwicklung hängt außerdem von der in Familien und Gemeinden geleisteten unbezahlten Arbeit ab, durch die Menschen unterstützt und betreut oder Leistungen von gesellschaftlichem Nutzen und Wert, für den Umweltschutz und das Kultur- und Naturerbe erbracht werden.²⁰
- 5.4 Eine insgesamt aktive OZG ist ein Zeichen für ein gesundes sozioökonomisches und politisches Umfeld, das Innovation, Wandel, unternehmerische Kreativität und Internationalisierung fördert. Darauf müssen die von der EU und den Westbalkanländern gemeinsam durchgeführten Entwicklungs-, Kohäsions- und Integrationsprogramme abzielen.

6. Organisierte Zivilgesellschaft, kultureller Pluralismus und internationale Zusammenarbeit

- 6.1 Der enorme soziokulturelle Wandel, der sich in den letzten zehn Jahren in den Balkanländern vollzogen hat, lässt sich nicht nur an den Fortschritten auf dem Weg zu einer Marktwirtschaft und zum Aufbau pluralistischer und liberaler Gesellschaftsordnungen und politischer Systeme festmachen. Die Bevölkerung des westlichen Balkans hatte in dieser Zeit unter folgenden Dingen stark zu leiden:

- ✓ unter der Gefahr politischer und sozialer Instabilität;
- ✓ unter Armut;
- ✓ unter Willkür im Umgang mit den Gesetzen und Grundrechten;
- ✓ unter der Brutalität des organisierten Verbrechens;
- ✓ unter einem gravierenden demographischen Ungleichgewicht infolge der dramatischen und zwangsweisen Vertreibung ganzer Volksgruppen durch Kriege, infolge der ungezügelter Verstärkung und der starken Abwanderung von Arbeitskräften;
- ✓ unter der Übertreibung der "ethnischen" Unterschiede, d.h. unter der schändlichen Manipulation historisch-kultureller Gegebenheiten wie der verschiedenen Sprachen, Religionen, Traditionen, Werte, Erinnerungen und Lebensarten.

- 6.2 Bei diesem letztgenannten Punkt handelt es sich um das Erbe der Vergangenheit und Gegenwart, das zu niedrigen politischen und materiellen Zwecken verdreht und verzerrt wurde nach Denkmustern des Konflikts, des Missbrauchs, der Gewaltverbreitung, der Verneinung des zivilen Zusammenlebens und der Missachtung der kulturellen Vielfalt. Die Investitionen in

²⁰

UNDP, *10° Rapporto su Lo sviluppo umano. La Globalizzazione* ("10. Bericht über die menschliche Entwicklung. Die Globalisierung"), Rosemberg e Sellier, 1999, S. 61.

Ressourcen und Kompetenzen, die notwendig sind, um die durch all dies verursachten Schäden zu reparieren, müssen ebenso hoch angesetzt werden wie die Investitionen in die Entwicklung und wirtschaftliche und institutionelle Liberalisierung im westlichen Balkanraum.

- 6.3 Zwar wurden – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße in den verschiedenen Ländern/ Gebieten – viele Fortschritte erzielt, was die Stabilität der lokalen Institutionen und das Wirtschaftswachstum anbelangt; für die gesamte Zivilbevölkerung des Balkans bleibt jedoch noch sehr viel zu tun, wobei die verschiedenen kulturellen Werte und lokalen Traditionen geachtet und das demokratische Leben und die Rechtsstaatlichkeit in der ganzen Region gewährleistet werden müssen. Es ist allzu offensichtlich, dass die Ausnahmesituation eines einzigen Landes/Gebiets das Gleichgewicht der gesamten Balkanregion schwer gefährdet.
- 6.4 Dabei handelt es sich um Veränderungen, die (noch weniger als die anderen) **nicht von oben vorgegeben werden können**, sondern in der Bevölkerung selbst keimen müssen, auf der Grundlage des kollektiven Alltagslebens. Daher erfasst die Idee einer neuen Zivilgesellschaft heute den gesamten Balkanraum; ihre Grundlage ist die Achtung und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Fähigkeit, den zivilen Dialog und die soziale Partizipation an der Lösung lokaler Probleme wiederaufzubauen und dabei das Denkmuster der Volkszugehörigkeit zu überwinden. Diese Idee findet sich in den Initiativen vieler NGOs wieder, die auf Solidarität und laizistischer oder religiöser internationaler Gemeinnützigkeit basieren und sich für Maßnahmen zugunsten der lokalen Gemeinschaften und Institutionen einsetzen, insbesondere für die Rechte der benachteiligten Bürger, der Frauen und Minderjährigen.
- 6.5 Die Erfahrung, das Wissen, die direkte operative Fähigkeit und auch die Fähigkeit zum Ausgleich zwischen den Kulturen, wie sie von diesen Bestandteilen der OZG unter Beweis gestellt wurden, dürfen nicht mehr ausschließlich in den Dienst der Nothilfe gestellt werden, sondern müssen die Isolierung überwinden, institutionalisiert werden und dem sozialen und demokratischen Leben der lokalen Gemeinschaften zugute kommen. Es sei erneut betont, wie wichtig geeignete Verfahren der politischen Dezentralisierung²¹ für die Ausübung der Demokratie "von unten" sind.

7. Die Bedeutung der Nutzung von Erfahrungen mit internationaler Zusammenarbeit zugunsten der Zivilgesellschaft und der lokalen Gemeinwesen

- 7.1 Die Agenda von Thessaloniki betrifft in allen Bereichen eine entscheidende Frage: das Verhältnis zwischen internationalen Hilfen, lokalen Ressourcen und kulturellen Ansätzen.

²¹ Dies bezieht sich auf die regionale Regierungsebene und die Kommunalverwaltung.

- 7.2 Im westlichen Balkanraum muss ein positives Verhältnis zwischen den Bürgern und der öffentlichen Verwaltung, zwischen den Individuen und den Gemeinschaften, zwischen den Bürgern und dem Staatsgebiet aufgebaut werden, um sowohl das Angewiesensein auf humanitäre Hilfe als auch das jeder Eigenverantwortung abträgliche Warten auf ausländische Investitionen zu überwinden.
- 7.3 Die Rolle der OZG steht im Mittelpunkt dieser entscheidenden Frage.
- 7.4 Abgesehen von den Schwächen und der Anfälligkeit der OZG, die wir in Kapitel 3 dieses Textes darzustellen versucht haben, gibt es auch **Stärken und Chancen**, die durch eine zehnjährige internationale Zusammenarbeit zugunsten der Organisationen der Zivilgesellschaft und der lokalen Gemeinwesen in den Gebieten des westlichen Balkanraums entstanden sind.²²
- 7.5 Zusammengefasst handelt es sich um Kompetenzen und bewährte Praktiken zur Stärkung der Demokratisierungsprozesse "von unten"; zur Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage der verbleibenden lokalen Ressourcen und der Hinzuziehung externer Ressourcen und zur Stärkung des Sozial- und Humankapitals in all seiner Vielfalt.
- 7.6 Betrachten wir einen interessanten Fall, die Agenturen der lokalen Demokratie (ALD) für Südosteuropa und ihre Tätigkeit für das demokratische Leben der lokalen Gemeinwesen.
- 7.7 Die ALD – elf sind derzeit tätig – sind eine 1993 in Straßburg mit Zustimmung des Europarats und insbesondere des Kongresses der Gemeinden und Regionen in Europa (KGRE) zustande gekommene Organisation. Alle ALD sollen vernetzt arbeiten, um den Stabilisierungs- und regionalen Entwicklungsprozess im Rahmen des Stabilitätspakts zu stärken. Sie fördern Programme der dezentralen Zusammenarbeit durch die Anbahnung von Partnerschaften zwischen lokalen Gebietskörperschaften aus der EU und den Balkanländern sowie NGOs und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft.²³
- 7.8 Über diese Erfahrung der dezentralen Zusammenarbeit hinaus können natürlich nicht alle von Organisationen der Zivilgesellschaft verwalteten Arten der internationalen Zusammenarbeit mit den Balkanländern beschrieben werden, aber man kann sagen, dass sich für die OZG immer genauere und bedeutendere Tätigkeitsbereiche abzeichnen, nämlich:
- ◆ der Aufbau von Institutionen,
 - ◆ die lokale Entwicklung,

²² Zur Dokumentation: *Guida ai Paesi dell'Europa centrale, orientale e balcanica. Annuario politico economico* ("Leitfaden zu den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den Ländern des Balkans"), hrsg. von CeSPI, Il Mulino, Bologna; C. Bazzocchi, "Il ruolo di ONG e società civile nell'integrazione europea" ("die Rolle der NGOs und der Zivilgesellschaft bei der europäischen Integration"), auf der Website: <http://auth.unimondo.org>, 7.2.2002.

²³ Die ALD führen Wirtschaftsentwicklungs-, europäische Integrations-, grenzüberschreitende Kooperationsprojekte, Projekte zur Stärkung der lokalen Institutionen, Menschenrechts- und humanitäre Hilfsprojekte durch. Genauere Informationen sind auf folgender Website enthalten: <http://www.idaaonline.org>, wo auch der im Mai 2003 veröffentlichte *Bericht* über die zehnjährigen Tätigkeiten verfügbar ist.

- ◆ Ausbildung und *Empowerment* des Human- und Sozialkapitals unter Berücksichtigung der Chancengleichheit,
- ◆ Frieden und ziviles Zusammenleben, interkultureller Dialog und Achtung der kulturellen Unterschiede,
- ◆ Einwanderung und Mobilität der Bürger sowie die besonderen Probleme der Flüchtlinge und Vertriebenen.

7.9 All dies in einer Perspektive horizontaler Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ländern der Region und vertikaler Zusammenarbeit mit Europa.

7.10 **Wenn die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der lokalen Institutionen von den nationalen und internationalen Institutionen angemessen unterstützt und aufgewertet wird, kann sie im Rahmen der umfassenderen und systematischeren Agenda von Thessaloniki eine bedeutende strategische Rolle spielen.** Die Zusammenarbeit beinhaltet hauptsächlich einen ständigen Austausch und die Einführung von Mechanismen zur Vernetzung repräsentativer Einrichtungen der OZG im direkten Kontakt zu den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Problematiken der verschiedenen Regionen.

8. Die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft hinsichtlich der Agenda von Thessaloniki

8.1 Die Rolle der OZG im Rahmen der neuen europäischen Strategie für die Westbalkanländer zu untersuchen, bedeutet v.a. zu berücksichtigen, dass die europäische Integration nicht ein Problem ist, das nur die Regierungen und Staatsverwaltungen betrifft, sondern eine Herausforderung, die alle gesellschaftlichen Kräfte angeht.

8.2 Aus dieser Sicht entsprechen die großen, in der Agenda von Thessaloniki beschriebenen Tätigkeitsbereiche den spezifischen Bereichen, in denen sich die Organisationen der Zivilgesellschaft aus der EU und den Balkanländern betätigen können und sollten.

Stärkung der Institutionen

8.3 Beim vorgesehenen Einsatz des *Amtes für technische Hilfe und Informationsaustausch (TAIEX)* zur technischen Unterstützung bei der Anpassung der Rechtsordnungen an den gemeinschaftlichen *Acquis* und beim Einsatz des Instruments der Städtepartnerschaften (damit Beamte der Mitgliedstaaten ihre Kompetenzen in die öffentliche Verwaltung der Balkanländer einbringen können) fällt der OZG die Aufgabe zu, darüber zu informieren und zu kontrollieren, dass technische Maßnahmen und Austauschmaßnahmen dieser Art konkrete Entwicklungen hervorbringen, in deren Verlauf sich vor Ort innovative Kompetenzen ansiedeln, die sich positiv auf die verschiedenen *Governance*-Ebenen auswirken.

Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption, Aufbau der Rechtsstaatlichkeit und politische Zusammenarbeit

- 8.4 Bei der im Rahmen der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* vorgesehenen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres zum Aufbau des Rechtsstaats kommt der OZG die aktive Rolle zu, die Rechtsstaatlichkeitskultur auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu fördern und zu verbreiten, das Vertrauen der Bürger in die Behörden zu stärken sowie die wirklichen Erfordernisse bei der Freizügigkeit für Bürger und Waren, den Wandereuropapolitiken und der Rückkehr der Flüchtlinge zu vertreten. Die OZG wird beurteilen können, welche Fortschritte erzielt werden und welche etwaigen Misserfolge eintreten.

Wirtschaftsentwicklung

- 8.5 Die Einbeziehung der OZG ist die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass sich die makroökonomischen und die Infrastrukturmaßnahmen nicht völlig von den vor Ort verankerten Zielen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die von den lokalen Gemeinwesen und den einzelnen Bürgern als Fortschritte erkennbar sind, entfernen.

Zugang zu Gemeinschaftsprogrammen

- 8.6 Es ist unmöglich, die OZG getrennt von den wichtigen Maßnahmen zu betrachten, welche die europäische Zusammenarbeit auf dem Balkan in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Energieressourcen und nicht erneuerbare Ressourcen wie Wasser auslösen kann. Es sei jedoch hervorgehoben, dass dringend seriöse Informationen über die Modalitäten und Anforderungen für den Zugang der verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und ihrer Partner zu den Gemeinschaftsprogrammen vermittelt werden müssen.

Quer durch alle Einzelmaßnahmen

- 8.7 Darüber hinaus spielt die OZG eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung von Informationen und Kenntnissen sowie bei der Schärfung des Bewusstseins für den von der EU und den westlichen Balkanländern eingeschlagenen Weg und für die damit verbundenen Schwierigkeiten und Chancen.

9. Perspektiven für die Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft

- 9.1 Es ist wichtig, auf dem Weg des Zusammenhalts und der EU-Integration der Westbalkanländer die offensichtlichsten kritischen Punkte zu überwinden, damit alle Bestandteile der OZG eine aktive und wirksame Rolle entfalten können. Der EWSA hat bereits die Notwendigkeit hervorgehoben, sowohl die Sozialpartner als auch die anderen Bestandteile der OZG stärker einzubeziehen und zu konsultieren, um einen für die Westbalkanländer wirklich konstruktiven

sozialen und zivilen Dialog zu gewährleisten.²⁴ Folgende Perspektiven erscheinen auf dieser Ebene der Reflexion als praktikabel:

- ◆ Nutzung der **internationalen Partnerschaft** zur Gewährleistung der Kontinuität der Initiativen hinsichtlich Finanzierung, Ressourcen und Kompetenzen entsprechend den in der Agenda von Thessaloniki vorgesehenen Maßnahmenprogrammen. Inwieweit die Agenda von Thessaloniki umgesetzt werden kann, hängt zum Großteil davon ab, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft dafür mobilisiert werden, Projekte im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen mit regionalen und europäischen Partnerschaften vorzuschlagen und umzusetzen;
- ◆ Überwindung des ideologischen Misstrauens und der operativen Distanz zwischen den staatlichen Institutionen, den lokalen Behörden und der OZG; Förderung der **Kommunikation und Verbindung zwischen den verschiedenen Bestandteilen der OZG zu einem System** innerhalb der einzelnen Länder und zwischen den einzelnen Ländern mit dem Ziel der Schaffung eines regionalen Netzes; dabei sollte man sich auf die Umsetzung einvernehmlicher Modelle des Zusammenhalts und der *social governance* ausrichten, die den europäischen Ausrichtungen entsprechen;
- ◆ von grundlegender Bedeutung ist weiterhin die **Förderung der Vernetzung** zwischen europäischen Organisationen und Organisationen der verschiedenen Balkanländer auf allen Ebenen.

Auch die Weltbank und der IWF sollten sich in Zusammenarbeit mit dem EWSA, anderen EU-Institutionen und der IAO an der Stärkung der Organisationen der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft beteiligen.

9.2 Zur Stärkung der Rolle der OZG im lokalen Umfeld sei hier angeregt, die **Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Bestandteile der OZG zu fördern und zu unterstützen, wodurch folgende Ziele verfolgt werden:**

- a) ***Stärkung der Konsultations- und Dienstleistungsfähigkeit der Sozial- und Wirtschaftspartner, damit sich diese die Bedürfnisse der Bürger und lokalen Gemeinwesen zu eigen machen; dies kann erfolgen durch die Verbindung und systematische Interaktion mit den anderen Bestandteilen der OZG wie Basis- und Solidaritätsorganisationen sowie NGOs, die sich für lokale Entwicklungsprojekte engagieren;***
- b) ***stärkere Verdeutlichung der Bedeutung der anderen Bestandteile der OZG außer den Sozial- und Wirtschaftspartnern – das sind von den öffentlichen und zentralen Institutionen unabhängige Bestandteile als die Sozial- und Wirtschaftspartner, die aber auch anfälliger für Isolierung und rasche Erschöpfung ihrer Dienstleistungs- und Tätigkeits-***

24

Stellungnahme des EWSA in AB1. C 208 vom 3.9.2003, S. 82.

möglichkeiten sind. Geschehen muss dies im Wege systematischer Verbindungen und Interaktionen mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern, um die Gewinnung von Informationen über die wirklichen Bedürfnisse der Bürger und lokalen Gemeinwesen sowie die Gewinnung von Erfahrungen und erfolgreichen Praktiken zu fördern.

Auf diese Weise kann aus der für alle Seiten nützlichen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bestandteilen der OZG ein Hebel des Empowerment und der Selbstsicherheit der Zivilgesellschaft insgesamt gegenüber den staatlichen und zentralisierten Institutionen erwachsen, v.a. in folgender Hinsicht:

- ◆ *Bedeutung der kollektiven Interessenvertretung;*
- ◆ *Gewährleistung der Achtung der Rechte der Bürger und ihres freien Zugangs zum sozialen und zivilen Dialog, zur politischen Partizipation und zur Ausübung der Solidarität;*
- ◆ *Fähigkeit aller Komponenten des politischen und zivilen Lebens zu Konsultationen, Verhandlungen und Vorschlägen.*

9.3 Eine andere Anregung betrifft die Förderung der Übernahme europäischer Modelle des Zusammenhalts und der *social governance*. Damit soll die Notwendigkeit hervorgehoben werden, die Rolle der OZG zu fördern und zu unterstützen **durch Umsetzung und Beobachtung von Mechanismen des Vergleichs und der Koordinierung auf nationaler und regionaler Ebene sowie der Auseinandersetzung und Koordinierung mit der Europäischen Union.**

10. Gegenseitiges Kennenlernen, Auseinandersetzung und aktive Zusammenarbeit

10.1 Im Hinblick auf einen EU-Beitritt muss die Rolle der OZG genaue und messbare Ziele umfassen, damit die soziale Dimension des Integrationsprozesses sich in konkreten, den Erwartungen entsprechenden und erkennbaren Ergebnissen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene niederschlägt.

10.2 Die westlichen Balkanländer haben die gleichen Ziele, verfolgen aber unterschiedliche Wege und brauchen von Land zu Land unterschiedliche Fristen und Lösungen. Außerdem sind im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan sowohl mittel- und langfristige Prozesse mit dem Ziel des Abschlusses institutioneller Beitrittsabkommen als auch kurz- und mittelfristige Prozesse mit dem Ziel von Heranführungsabkommen, die sich auf mehrere Gemeinschaftspolitiken beziehen, erkennbar.

10.3 In dieser Sondierungsstellungnahme ist versucht worden zu beleuchten, wie wichtig gegenseitiges Kennenlernen und das Bewusstsein der kulturellen Vielfalt und der Eigenheiten der lokalen Systeme gesellschaftlicher Organisation nach dem heutigen Stand des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) sind.

- 10.4 Wenn wir nun versuchen, von allgemeinen Anregungen zu konkret umsetzbaren Vorschlägen für die Zusammenarbeit zu gelangen, konzentrieren wir uns auf zwei Maßnahmenbereiche, um weiter dazu beizutragen, Informations- und Wissenslücken zu schließen und eine effektive, wirksame Zusammenarbeit zwischen der OZG der EU und der OZG der Westbalkanländer herbeizuführen.
- 10.5 Der erste Maßnahmenbereich umfasst in Übereinstimmung mit den von der Agenda von Thessaloniki gebotenen Möglichkeiten Folgendes:
- ◆ allgemeine und berufliche Bildung auf allen Ebenen, d.h. für alle Schlüsselkompetenzen der Organisationen der Zivilgesellschaft: der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Vertreter verschiedener Interessen und der NGOs;
 - ◆ Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft und jenen der Balkanregion in Zusammenarbeit mit den lokalen Einrichtungen und Institutionen;
 - ◆ Information und Kommunikation für die Öffentlichkeit und den Sektor.
- 10.6 Die bisherigen Erfahrungen haben direkt nutzbare Angaben zutage gefördert und machen v.a. bewusst, dass Investitionen in das Humankapital mittel- und langfristig angelegt sein müssen und der klare Wille bestehen muss, in immaterielle Güter zu investieren, die im Berufsbildungs-Fachjargon als Kompetenzen und Know-how der OZG-Berufe – der Berufe der Ausübung der Demokratie in der Zivilgesellschaft – bezeichnet werden.²⁵
- 10.7 Der zweite Maßnahmenbereich betrifft das Modell der Gemischten Beratenden Ausschüsse (GBA), das schon auf die anderen Bewerberländer angewandt wurde, und die Anpassung seiner Modalitäten und Fristen an die verschiedenen einzelstaatlichen Gegebenheiten im westlichen Balkanraum.²⁶
- 10.8 Die Herausforderung besteht weiterhin darin, gleichzeitig sowohl im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit mit jedem einzelnen Land nach seinen Bedürfnissen und lokalen Eigenheiten als auch im Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit mit wirklich europäischer Dimension und strategischer Relevanz vorgehen zu müssen.
- 10.9 In diesem Zusammenhang ist zu erwägen, ob Einrichtungen für breite multilaterale Konsultationen zwischen der OZG der EU und jener der Westbalkanländer geschaffen und beibehalten werden sollen, die sich mit den großen Querschnittsthemen der Integration und Erweiterung - wie z.B. Handel und Produktion, Verkehr und ökologische Nachhaltigkeit, Konfliktein-

²⁵ Es wird verwiesen auf die "Schlussfolgerungen und Empfehlungen" des von den südosteuropäischen Sozialpartnern auf ihrer Tagung vom 3. bis 5. März in Zagreb verabschiedeten Dokuments (Anhang B der EWSA-Stellungnahme CESE 594/2003), und auf die von der ESB erstellten und aktualisierten Dokumentation.

²⁶ Ein formaler Verweis zu diesem Thema bezieht sich auf Slowenien und Artikel 115 des Assoziierungsabkommens.

dämmung und internationale Sicherheit, lokale Entwicklung und Armutsbekämpfung – befas-
sen würden.

- 10.10 Denn es ist wichtig, die Ressourcen der OZG für Konsultationen und Konzertationen mobili-
sieren zu können; außer der wichtigen Frage der Vertretung der OZG der verschiedenen
Seiten können dadurch auch direkte Kompetenzen, Organisationskapazitäten und die Bedeu-
tung der multilateralen Vernetzung und Partnerschaft bei großen Kooperationsprojekten ge-
nutzt werden.

11. Schlussbemerkungen

- 11.1 In dieser Sondierungsstellungnahme wurde die Rolle der OZG als die einzige Möglichkeit
dargestellt, die internationalen Kooperations- und Maßnahmenprogramme wirklich für alle
Adressaten nutzbar zu machen. Die Stärkung der Organisation und Koordinierung der OZG
der EU und der potentiellen Bewerberländer, auch durch die Einsetzung Gemischter Beraten-
der Ausschüsse, erweitert, ja vervielfältigt diese Möglichkeit zugunsten aller Bürger der EU
und ihrer Nachbarländer. Die Rolle der OZG im Westbalkanraum und in Europa ist entschei-
dend auch angesichts der wesentlichen Bedrohungen, die aus der Sicht der öffentlichen Mei-
nung heute von der ungezügelter Globalisierung ausgehen und wie folgt als allgemeine
Gefahren beschrieben werden können:

- ◆ Anfälligkeit der europäischen Wirtschafts- und Produktionssysteme und Arbeitsmärkte;
- ◆ Ungewisse Entwicklung der Sicherheits- und Sozialschutzpolitiken;
- ◆ Kulturbedingtes Unverständnis für die partizipative Demokratie nach europäischer Tradi-
tion;
- ◆ Verfälschung der Entwicklungsziele, die Ziele der menschlichen und nachhaltigen Ent-
wicklung sein müssen, anstatt bloß auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums ohne
sozialen Fortschritt gerichtet zu sein.

- 11.2 Die EU kann den Ländern des westlichen Balkans zahlreiche Perspektiven bieten, indem sie
Heranführungsabkommen schließt, die geeignet sind, in jedem einzelstaatlichen Umfeld
wichtige Voraussetzungen einzuführen, um diese Länder auf Europa auszurichten und zu ver-
meiden, dass große institutionelle und konjunkturelle Probleme den Prozess der Annäherung
dieser fünf Länder an Europa zu sehr gefährden.

- 11.3 In seiner Schlussbemerkung bringt der EWSA den Wunsch zum Ausdruck, dass gut geplante
und gezielte Aktivitäten in die Wege geleitet werden, die eine zweckmäßige und dauerhafte
Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der OZG der EU und jenen der OZG der West-
balkanländer ermöglichen. Dabei sollte folgendes vorgesehen werden:

- ◆ Folgemaßnahmen zu den Tätigkeiten der EWSA-Arbeitsgruppen einschließlich einer
aktualisierten Beobachtung der Umsetzung der Agenda von Thessaloniki und der darin
vorgesehenen Partnerschaften;

- ◆ die Vorbereitung von Plänen zur Einsetzung Gemischter Beratender Ausschüsse (GBA) mit den Westbalkanländern mit Fristen und Modalitäten, die den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern jeweils am angemessensten sind, d.h. in enger Übereinstimmung mit den Angaben der Kommission und des Rates zum Fortschritt der institutionellen Abkommen jedes einzelnen Landes mit der EU und nach dem Vorbild der anderen Beitrittsländer;
- ◆ Maßnahmen zur Unterstützung einer europäischen Strategie der gezielten Schaffung der Voraussetzungen: in der Landwirtschaft-, Handels- und Sicherheitspolitik, hinsichtlich des rechtlichen Bezugsrahmens und in den Bereichen Verkehr und Energie;
- ◆ die Veranstaltung eines internationalen Gipfeltreffens zur "Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen europäischen Strategie für den westlichen Balkan"; auf diesem Gipfeltreffen sollten sowohl die Bedeutung der Rolle der OZG als auch die Prioritäten für Maßnahmen hervorgehoben werden. Diese Gelegenheit zu einem internationalen Dialog muss auch wahrgenommen werden, um die verschiedenen Beitritts- und Heranführungsprozesse in den Mittelpunkt zu rücken und der Debatte über die vorrangigen Themen der EU-Integration und -Erweiterung - nämlich der soziale Zusammenhalt, die Stärkung der Institutionen der Demokratie und die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung - breiten Raum zu widmen.

Brüssel, den 10. Dezember 2003

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschusses

Roger BRIESCH

Patrick VENTURINI

*

* *

Anlage: Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|--------------|---|--|
| <i>ALD</i> | = | <i>Agenturen der lokalen Demokratie</i> |
| <i>ESB</i> | = | <i>Europäische Stiftung für Berufsbildung</i> |
| <i>EU</i> | = | <i>Europäische Union</i> |
| <i>EWSA</i> | = | <i>Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss</i> |
| <i>GBA</i> | = | Gemischte Beratende Ausschüsse |
| <i>IAO</i> | = | Internationale Arbeitsorganisation |
| <i>IFI</i> | = | Internationale Finanzinstitutionen |
| <i>MOEL</i> | = | <i>Mittel- und osteuropäische Länder</i> |
| <i>NGOs</i> | = | <i>Nichtstaatliche Organisationen</i> |
| <i>OZG</i> | = | <i>Organisierte Zivilgesellschaft</i> |
| <i>SAP</i> | = | Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess |
| <i>SIOI</i> | = | <i>Italienische Gesellschaft für internationale Organisation</i> |
| <i>TAIEX</i> | = | Amt für technische Hilfe und Informationsaustausch |
| <i>UNDP</i> | = | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen |
